



OFFENER BRIEF BUNDESSCHÜLERKONFERENZ

**NEUE BUNDESREGIERUNG
IN DER PFLICHT**

Bildung muss Priorität haben!

Unterstützt durch alle Landesschüler:innen Vertretung



Landesschülerbeirat von
Baden-Württemberg



Landesschülerrat
in Bayern



Landesschülerratsausschuss
Berlin



Landesschülerrat
Brandenburg



Der StadtSchüler*Innenring-
Bremerhavener



Schüler:innenkammer
Hamburg



Landesschülervertretung
Hessen



Landesschülerrat
Niedersachsen



Landesschülerrat
Mecklenburg-Vorpommern



Landesschüler*innen-
vertretung Rheinland-Pfalz



Landesschülervertretung
des Saarlandes



Landesschülerrat
Sachsen



Landesschülerrat
Sachsen-Anhalt



Landesschülervertretung
Thüringen



Landesschülervertretungen Schleswig-Holstein

OFFENER BRIEF BUNDESSCHÜLERKONFERENZ

Neue Bundesregierung in der Pflicht

Bildung muss Priorität haben!

Bildung ist keine Ausgabe, sondern eine Investition in die Zukunft des Landes. Nachdem im Wahlkampf das Thema Bildung kaum zur Sprache kam, steht die neue Bundesregierung jetzt in der Pflicht, Bildung zur politischen Priorität zu machen. Die Generation der Zukunft sitzt momentan in maroden Klassenräumen und ist durch fehlende digitale Infrastruktur und mangelhafte Beachtung der mentalen Gesundheit arbeitsunfähig. Schimmel an den Decken, kaputte Schulklos und Lehrmethoden von vor 150 Jahren gehören zum bitteren Alltag der Schüler*innen in Deutschland. Um dringend notwendige Investitionen zu ermöglichen, muss deshalb die Schuldenbremse reformiert werden.

Marode Schulgebäude sanieren – 55 Milliarden Euro Sanierungsstau beenden

Ein zentrales Problem ist der massive Sanierungsstau an deutschen Schulen, der mittlerweile auf 55 Milliarden Euro geschätzt wird. Zerfallende Schulgebäude, kaputte Toiletten und aus den Angeln fallende Fenster prägen vielerorts den Alltag von Schüler*innen. Ohne massive Investitionen wird sich diese Situation weiter verschlechtern. Der Bund muss deshalb seiner Verantwortung gerecht werden und ein bedingungsloses Förderprogramm in Milliardenhöhe auflegen, damit die dringendsten Sanierungsmaßnahmen sofort umgesetzt werden können. Dieses Programm sollte mindestens 10 Milliarden Euro umfassen – ohne Bedingungen und ohne kommunalen Eigenanteil. Damit sollten zunächst die bedürftigsten 20 % der Schulen saniert werden. Auch bei Neubauten müssen moderne pädagogische Konzepte berücksichtigt und Lernende in die Planungen einbezogen werden. Dies darf jedoch keinen Einfluss auf die Investitionen und Ausgaben von Ländern und Kommunen nehmen.

Mentale Gesundheit ernst nehmen und stärken

Neben baulichen Mängeln stellt die steigende psychische Belastung von Schüler*innen eine immer größere Herausforderung dar. Leistungsdruck, Mobbing und unzureichende Unterstützung führen dazu, dass immer mehr junge Menschen unter übermäßigem Stress und psychischen Erkrankungen leiden. Es braucht eine grundlegende Veränderung im Umgang mit mentaler Gesundheit an Schulen. Dafür muss sichergestellt werden, dass pro 150 Schüler*innen eine Fachkraft für Schulsozialarbeit zur Verfügung steht. Lehrkräfte müssen besser geschult werden, um frühzeitig Probleme zu erkennen und angemessen zu reagieren. Deshalb muss der Bund Präventions- und Aufklärungsprogramme fördern, um das Bewusstsein für psychische Krankheiten und Belastungen zu stärken und langfristig Hilfsangebote an Schulen zu etablieren.

Bildungsgerechtigkeit sicherstellen

Gerechte Bildungschancen dürfen nicht vom sozialen oder wirtschaftlichen Hintergrund eines Kindes abhängen. Derzeit führen die unterschiedlichen Bildungsstandards in den Bundesländern zu erheblichen Ungleichheiten. Förderprogramme für wirtschaftlich benachteiligte Schüler*innen müssen ausgebaut werden, damit niemand aufgrund finanzieller oder gesellschaftlicher Hürden in seiner schulischen Laufbahn ungleich behandelt wird. Gleichzeitig muss die Mobilität junger Menschen verbessert werden, indem ein kostenloses Deutschlandticket für alle Schüler*innen eingeführt wird. Bildung darf nicht davon abhängen, ob sich ein junger Mensch die nötige Mobilität leisten kann. Nicht nur muss die Schule gut an den öffentlichen Nahverkehr angebunden sein, auch Freizeitbildungsangebote müssen erreichbar sein.

Digitalisierung endlich vorantreiben

Auch die Digitalisierung der Schulen bleibt eine große Herausforderung. Immer noch sind viele Schulen nicht ausreichend mit WLAN, digitalen Endgeräten und modernen Lehrkonzepten ausgestattet. Der Digitalpakt 2.0 muss konsequent umgesetzt und verbessert werden, damit digitale Bildung kein Privileg, sondern ein Standard für alle wird. Der Zugang zu moderner Technologie und digitalen Lernmaterialien darf nicht vom Schulstandort abhängen. Gerade in strukturschwachen Regionen müssen gezielt Investitionen getätigt werden, um den Anschluss an digitale Lernmethoden sicherzustellen. Hierbei ist besonders ein Fokus auf die Methoden zu setzen, Lehrer*innen müssen umfangreiche und verpflichtende Fortbildungen erhalten.

Demokratiebildung stärken und politische Teilhabe ermöglichen

Schulen sind nicht nur Orte der Wissensvermittlung, sondern auch zentrale Institutionen der Demokratiebildung. Junge Menschen müssen frühzeitig lernen, wie wichtig ihre politische Mitbestimmung ist. Wir fordern deshalb die Einführung von Schulparlamenten mit echter Mitbestimmung, in denen Schüler*innen ihre Interessen vertreten können. Externe Bildungsprojekte, wie parlamentarische Planspiele und Gedenkstättenbesuche, müssen stärker vom Bund gefördert werden, damit das politische und historische Bewusstsein unserer Generation nachhaltig gestärkt wird. Zudem muss das Wahlalter in allen Bundesländern für Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre gesenkt werden, um jungen Menschen frühzeitig politische Teilhabe zu ermöglichen.

Bildung zur politischen Priorität machen

Die neue Bundesregierung muss jetzt handeln und Bildung endlich als Priorität anerkennen. Schulen müssen Orte des Lernens, der Chancengleichheit und der persönlichen Entwicklung sein. Dafür sind tiefgreifende Reformen und nachhaltige Investitionen erforderlich. Die Bildung in Deutschland, und damit Deutschlands Zukunft, darf nicht länger vernachlässigt werden.

Stimmen aus den Ländern zum Thema

„Bildungswende - Jetzt!“



Joshua Meisel, Vorsitzender des Landesschülerbeirates Baden-Württemberg



„Digitalisierung heißt nicht nur den einzelnen Schülern einen iPad in die Hand zu drücken - Digitalisierung bedeutet effektive Einbeziehung digitaler Inhalte in den Unterricht und die Vorbereitung der Schülerschaft sowie Lehrkräfte für die Zukunft.“

Arthur Kasper Klaus Scholz Landesschülersprecher der FOS/BOS Bayern



„Marode Schulen, ungleiche Bildungschancen und Herausforderungen in der politischen Bildung sind einige Beispiele, die deutlich machen, dass es so nicht weitergehen darf. Viel zu lange hat man uns die Möglichkeit einer guten Bildung verwehrt. Deshalb muss Bildung endlich Priorität sein! Unsere Erwartung an eine neue Bundesregierung ist es, die Probleme in der Digitalisierung bis hin zu den ungleichen Bildungschancen in enger Zusammenarbeit mit den Bundesländern zu bewältigen, um das Recht auf gute Bildung zu ermöglichen.“

Orcun Ilter, Vorsitzender des Landesschülerausschusses Berlin



„Bildung ist der Schlüssel zu einer gerechten Zukunft – doch marode Schulen, fehlende digitale Ausstattung und unzureichende Unterstützung für unsere mentale Gesundheit verschließen uns diesen Schlüssel. Die neue Bundesregierung muss jetzt handeln und Bildung endlich zur Priorität machen! -Stefan Tarnow, Sprecher des Landesrates der Schülerinnen und Schüler Brandenburg “

Stefan Tarnow, Vorsitzender des Landesschülerrats Brandenburg



"Demokratiebildung endet nicht mit dem Auswendiglernen im Politikunterricht. Es müssen mehr Wege geschaffen werden, in denen Schüler sehen können, dass sie sich an Demokratie beteiligen können. Daher fordern wir, die politische Teilhabe von Schülern zu fördern und die Demokratiebildung zu stärken!"

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Riedel".

Leonie Riedel, Bundesdelegierte für den Stadtschülerring Bremerhaven



"Wir leben in einer Welt voller multipler Krisen. Um Kinder und Jugendliche auf ein Leben in dieser Welt vorzubereiten, brauchen wir jetzt großflächige Investitionen in Bildung!"

A handwritten signature in black ink, appearing to read "T. Bauer".

Thorben Bauer, Vorsitzender des Schüler*innenkammer Hamburg



"Bildung muss in der kommenden Legislatur Priorität werden!

Marode Gebäude, fehlende digitale Ausstattung, unzureichende Unterstützung im Themenbereich mentale Gesundheit und veraltete Lehrinhalte sind nicht hinnehmbar! Unser Bildungssystem muss grundlegend reformiert werden, um u.a. Chancengerechtigkeit sicherzustellen, Demokratiebildung voranzubringen, moderne Lernkonzepte zu integrieren und Schulen zu Orten macht, an denen alle jungen Menschen bestmöglich auf ihre Zukunft sowie die unserer Gesellschaft vorbereitet werden."

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Nele Vogel".

Nele Vogel, Vorsitzende der Landesschülervertretung Hessen



"Wahre Chancengleichheit beginnt mit gerechter Bildung. Solange der Zugang zu Wissen vom sozialen oder finanziellen Hintergrund abhängt, bleiben Talente ungenutzt und Potenziale unerfüllt. Die Gesellschaft kann nur dann wachsen, wenn alle die besten Möglichkeiten haben, ihre Zukunft zu gestalten."

Annelie Schwarz, Bundesdelegierte für Mecklenburg-Vorpommern



„Jahrelang fehlende Investitionen im Bildungsbereich müssen dringend nachgeholt werden, um die Situation nicht weiter zu verschärfen. Ein ‚Weiter so‘ würde die Bildungsungerechtigkeit vertiefen und dem wichtigen System Schule nicht gerecht werden. Bildung muss eine der obersten Prioritäten der neuen Bundesregierung sein.“

Matteo Feind, Vorsitzender des Landesschülerrats Niedersachsen



"Gute Bildungspolitik investiert nicht in Beton, sondern in Köpfe."

Navid Armani, Bundesdelegierter von Rheinlandpfalz



„Unsere Stimme darf nicht länger ignoriert werden! Wir fordern echt Mitbestimmung von uns Schüler*innen in bildungspolitischen Entscheidungen - denn niemand weiß besser, was in unserer Schulen schief läuft, als wir selber. Die neue Bundesregierung muss handeln und uns Schüler*innen, ihre gewählten Vertreter*innen und weitere bildungspolitischen Akteure endlich auf Augenhöhe einbinden!“

Hasan Aljomaa, Vorsitzender der Landesschülervertretung des Saarlandes



"Bildung muss auf allen Ebenen politische Priorität haben. Wir brauchen eine qualitative Bildung und gute Schulen, um die Schüler*innen zu verantwortungsbewussten und zukunftsfähigen Handeln in der Gesellschaft zu erziehen. Insbesondere vor den aktuellen Herausforderungen des wachsenden Rechtsextremismus braucht es einen stärkeren Fokus auf die politische Bildung. Dabei darf Demokratie nicht nur theoretisch vermittelt, sondern muss aktiv durch Schüler*innen erlebt werden."

Amy Kirchhoff, Vorsitzende des Landesschülerrat Sachsen



„Bildung ist die Grundlage unserer Zukunft, doch marode Schulen, fehlende digitale Ausstattung und mangelnde Unterstützung belasten unseren Alltag. Als Landesschülerrat Sachsen-Anhalt fordern wir die neue Bundesregierung auf, Bildung endlich zur Priorität zu machen und nachhaltige Investitionen umzusetzen.“

Lucienne Balke, Vorsitzende des Landesschülerrats Sachsen-Anhalt



"Bildung darf nicht an maroden Schulen, fehlender Digitalisierung oder sozialer Herkunft scheitern. Wir brauchen jetzt einen konstruktiven Austausch mit dem Bundesministerium, um Lösungen gemeinsam zu erarbeiten."

Thilo Rackow, Bundesdelegierter für Schleswig-Holstein



"Wir können nur da lernen, wo wir uns wohlfühlen: in einer modernen Schule, die auf die Bedürfnisse der Schüler*innen zugeschnitten ist. Darum braucht es bestenfalls schon gestern massive Investitionen ins Bildungssystem."

Erik Sczygiel, Sprecher der Landesschülervertretung Thüringen Nordrheinwestfalen